

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Finanzausschuss	10.11.2008	

Anlass:

☒ Mitteilung der Verwaltung☐ Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen☐ Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung☐ Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Termingeldanlage bei LehmanBrothers Bankhaus AG

Die Stadt Köln hat im August 2008 ein Termingeld über 90 Mio. € bis zum 30.09.2008 bei der Lehman Brothers Bankhaus AG angelegt. Am 15.09.2008 verhängte die BaFin ein Moratorium (Auszahlungsverbot), da sich die Muttergesellschaft Lehman Brothers in den USA unter den amerikanischen Gläubigerschutz (Chapter 11) begeben hat.

Zum Ablauf der maximal zulässigen Frist von 6 Wochen hat die BaFin am 28.10.2008 den Entschädigungsfall ausgerufen. Damit kann die Einlagensicherung des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. (Einlagensicherungsfonds) tätig werden, um die Forderungen der Anleger zu begleichen. Laut Statut des Einlagensicherungsfonds sind nicht nur die Einlagen, sondern auch die marktüblichen Zinsen bis zum Höchstbetrag von 285.105.000 € abgesichert.

Nach einer unverbindlichen telefonischen Auskunft des Einlagensicherungsfonds wird die Auswertung der Daten vom Bankhaus mindestens 14 Tage dauern. Die Kunden werden angeschrieben und müssen einen Vordruck ausgefüllt zurücksenden. Eine Beschleunigung des Verfahrens durch die Stadt Köln ist nach Aussage des Entschädigungsfonds nicht möglich.

Da der Einlagensicherungsfonds Herr des Verfahrens ist, kann über die Rückzahlung des Termingeldes keine Aussage getroffen werden.